

«Dummheit rückgängig gemacht»

Bundesrat und EU taten so, als gehöre die Schweiz zur Union. Das sei nun vorbei, sagt Christoph Blocher. Das nächste Angriffsziel heisst Schengen. Die Probleme mit der EU hält Blocher für lösbar, wenn man gut verhandelt. Falls man ihm Vollmacht gibt, steht er bereit. *Von Philipp Gut, Florian Schwab und Tom Haller (Bild)*

Was auffällt, ist seine Ruhe. Während das Abstimmungsergebnis vom Sonntag ein mittleres politisches Erdbeben auf dem Kontinent ausgelöst hat, sitzt er entspannt im Fauteuil einer Hotellobby im Berner Oberland. An den Wänden hängen Kühe in Öl, draussen blenden die Alpen im Neuschnee. Er wolle eigentlich keine grossen Interviews geben, jetzt frage auch noch die *Washington Post*, sagt er. Ob das wirklich etwas bringe?

Die Frage ist nicht rhetorisch. Es ist ein Moment des Triumphs, doch Christoph Blocher, Stratege der Schweizerischen Volkspartei (SVP), ehemaliger Bundesrat und Unternehmer, bleibt fokussiert, denkt bereits weiter. Nüchtern, mit gedämpfter Stimme seziert er die fiebrige Erregung: der Urheber als Antithese. Ist der 9. Februar eine Art Vormärz, ein Signal zum Wandel? «Überschätzen wir uns nicht.» Die Antwort ist typisch für Blocher. Anders als die europäischen Spitzenpolitiker, die jetzt lauthals über die Schweiz herziehen, mischt er sich nicht ein. Er äussert sogar Verständnis dafür, dass etwa die Deutschen aufgrund ihrer unterschiedlichen Geschichte und Herkunft eine andere Politik betreiben. Blocher kämpft nicht gegen Brüssel, er kämpft gegen den Bundesrat und die Berner Verwaltung, die nach Brüssel wollen. Wer ihn so ruhig sitzen sieht und reden hört, ahnt nicht, welche politische Urgewalt in diesem Mann steckt.

Herr Blocher, steuern wir sofort die grossen Fragen an: Wie ist der Volksentscheid einzuordnen, welche Bedeutung kommt ihm zu?

Mit der Personenfreizügigkeit gab die Schweiz die eigene Handlungsfreiheit aus der Hand und damit ihre Unabhängigkeit im wichtigen Bereich der Zuwanderung. Bundesrat und EU haben bisher so getan, als wäre die Schweiz Teil der Union. Die EU will ja ein Staat sein, und in einem Staat macht die Personenfreizügigkeit Sinn. Aber die Schweiz gehört nicht zur EU! Als die Schweiz im Jahr 1848 zu einem Bundesstaat wurde, sah die neue Verfassung auch eine Niederlassungsfreiheit zwischen den Kantonen vor. Doch die Selbstpreisgabe der Schweiz in Europa ist weltweit einzigartig. Alle anderen Staaten regulieren die Zuwanderung selber, auch Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien. Der Sudan vielleicht nicht, aber da will auch nie-

mand hin. Diese Dummheit hat das Volk jetzt rückgängig gemacht, nach den schlechten Erfahrungen der letzten Jahre.

Die Beachtung in Europa ist anhaltend gross, auch bei der Bevölkerung. Woher rührt dieses enorme Interesse?

Die Schweiz ist ein Ärgernis, weil sie den Wettbewerb der Systeme befeuert. Das direktdemokratische Land, in dem der Bürger die oberste Instanz ist, hat jetzt im Schaufenster vorgeführt, dass die Betroffenen selber entscheiden können. Im Ausland sagen die Leute: «Das könnten wir doch auch.» Die Politiker stört das natürlich. Darum verunglimpfen sie uns. Aus den Äusserungen dieser Politiker spricht eine tiefe Verachtung des Stimmbürgers und des Souveräns.

Die EU sieht sich als grosses Friedensprojekt, das Demokratie und Wohlstand bringt. Die Reaktionen auf die Abstimmung werfen die Frage auf, ob die Expo-

«Aus den Äusserungen dieser Politiker spricht eine tiefe Verachtung des Stimmbürgers.»

nen der Union das Wesen der Demokratie wirklich verstehen.

Europa war jahrhundertlang von einem blutigen Ringen um Vorherrschaft geprägt. Von Napoleon bis Hitler: Stets ging es um einen Kampf zwischen Deutschland und Frankreich. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Winston Churchill die Idee, auf dem Kontinent – nicht in Grossbritannien – so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Diese britische Sonderstellung merkt man noch heute, Grossbritannien ist ja nur halb dabei. Man muss sich fragen: Gäbe es ohne die EU Kriege in Europa? Ich glaube nicht. Die gemeinsame Währung, der Euro, hat mit einem Friedensprojekt nichts zu tun, im Gegenteil. Weil der Währungsraum falsch konstruiert ist, wackelt die ganze EU. Ich habe schon vor zwanzig Jahren die damalige Europäische Gemeinschaft als intellektuelle Fehlkonstruktion bezeichnet. Das gilt heute noch viel mehr.

Worin besteht heute das Ziel der Union?

Ganz klar: Die EU will eine Grossmacht sein, ein Gegengewicht zu den USA, Russland, China. Wer gibt denn den Ton an? Es sind nicht die kleinen Länder. Wirtschaftlich ist

es Deutschland, rechtlich war es lange Zeit Frankreich. Aber tatsächlich dominiert heute Deutschland, weil auf lange Sicht immer das Wirtschaftliche massgebend ist. Doch das ist Sache der EU. Wenn die Mitglieder das so wollen, bitte sehr.

Was wird das Schweizer Votum in den EU-Ländern auslösen?

Die Wirkung ist vor allem psychologischer Natur. Die Bevölkerung in den europäischen Staaten sieht, dass die Schweizer ihre Angelegenheiten selber regeln. Für die Eliten wird es schwieriger, ihre Konstruktion aufrecht zu erhalten.

Wo liegt die Ursache für die gewisse Herablassung, mit der Politiker auf ihre Wähler blicken?

Wer an die Macht kommt, überschätzt sich. Er will sie behalten. Weil er in einer bestimmten Position ist, hält er sich für prädestiniert, den anderen zu sagen, was richtig sei. Das Schweizer Verständnis geht hingegen davon aus, dass das Gewicht bei den Bürgern liegt. Die Bundesverfassung von 1848 hat die Freiheitsrechte des Bürgers im Sinn: Meinungsäusserungsfreiheit, Privateigentum, Niederlassungsfreiheit. Dazu nicht nur das Wahlrecht, sondern auch die Mitentscheidung bei Sachabstimmungen. Man misstraut der Macht und den Politikern. Das ist entscheidend für den Schweizer Staatsaufbau und die Wohlfahrt. Aber leider ist diese Einsicht am Abflachen.

Kann der Entscheid vom 9. Februar zu einer Art Vormärz für die europäische Politik und die Europawahlen werden – zum Signal für einen Wandel?

Überschätzen wir uns nicht. Die Schweiz ist ein kleines Land, und wir haben nicht die Verantwortung, der EU zu zeigen, was richtig ist. Diese Länder haben eine ganz andere Geschichte und Herkunft. Der deutsche CSU-Politiker Franz Josef Strauss hat mir einmal gesagt: «Ich begreife Sie. Wäre ich Schweizer, wäre ich auf Ihrer Seite. Aber wir Deutschen sind in einer ganz anderen Lage.» Nach dem Krieg konnte man nicht mehr Deutscher sein, nur noch Europäer. Aus deutscher Sicht war das auch richtig. Die Schweiz hat weder einen Weltkrieg geführt, noch hat sie kein Kriegsrisiko. Wir waren und sind keine Bedrohung für unsere Nachbarn.

Was bedeutet die Absage an die Personenfreizügigkeit für die künftigen Beziehungen mit der Europäischen Union?



«Zuerst ein bisschen toben»: SVP-Strategie Blocher.

Zuerst einmal ist klar, dass die Verantwortlichen in der EU keine Freude haben. Eine Mehrheit in der Schweiz findet das falsch, was sie für richtig halten. Das gebietet nur dann Respekt, wenn man anerkennt, dass wir ein von der EU unabhängiger Staat sind. Die EU möchte das anders, jetzt müssen wir gemeinsam eine Lösung finden. Die EU be-

trachtet die Personenfreizügigkeit als eisenen Bestandteil Europas. Dabei meint sie mit «Europa» die EU. Die Konkurrenz des Schweizer Modells stört sie, doch gerade die grosse Vielfalt ist die historische Errungenschaft Europas.

Ist die Tür zum Binnenmarkt jetzt verschlossen?

Die Schweiz ist nicht im Binnenmarkt, obwohl das immer gesagt wird. Ein Binnenmarkt ist ein Gebiet, in dem alle rechtlichen Bestimmungen im Bereich der Wirtschaft identisch sind, bis hin zu der Steuer- und sogar der Aussenpolitik. Wenn die EU gegenüber einem Land einen Boykott ausspricht, müssen die Mitglieder des Binnenmarkts ihn umsetzen. Das wollen wir nicht. Wir wollen gegenseitigen Marktzugang. Das hat mit Binnenmarkt nichts zu tun. Wir wollen auch auf den chinesischen Markt, ohne Mitglied im chinesischen Binnenmarkt zu sein. **Sie wollen die Beziehungen zur EU auf reinen Freihandel zurückschrauben?**

Im Prinzip ja. Es gibt Dinge, bei denen man aufeinander angewiesen ist. Die EU hat ein Interesse daran, dass wir die kürzeste Nord-Süd-Verbindung aufrechterhalten, den Gotthard. Dass wir da eine Regelung machen, finde ich richtig. Wir wollen die EU ja nicht behindern. Auch bei nichttarifären Handelshemmnissen, Normen und Industriestandards sind Absprachen sinnvoll. Aber das heisst nicht, dass wir Teil des Binnenmarkts sind.

Wo liegt für Sie die Grenze bei solchen Vereinbarungen?

Wir müssen die Handlungsfreiheit behalten, die wir in zwei zentralen Bereichen aus der Hand gegeben haben: bei der Personenfreizügigkeit und bei Schengen. Das erste haben wir jetzt rückgängig gemacht.

Der Abstimmungskampf zur Zuwanderungs-Initiative wurde mit wirtschaftlichen Argumenten geführt. Mit welchen Folgen muss die Wirtschaft jetzt rechnen?

Damit die Schweiz als rohstoffarmes Land ohne Bodenschätze oder Meeresanschluss so erfolgreich werden konnte, musste sie Produkte von höchster Qualität herstellen. Als Unternehmer exportierten wir zu neunzig Prozent ins Ausland, arbeiteten aber auf einem teuren Platz mit gutausgebildeten Leuten. Das trifft für einen Grossteil der Wirtschaft zu und erklärt unseren Erfolg. Billigprodukte kann man auch in China machen. Die Personenfreizügigkeit hat in kurzer Zeit eine spürbare Nivellierung nach unten gebracht. Die Erfahrungen des Tessins sind typisch: Die guten billigen Arbeitskräfte ziehen eine billige Produktion an, die hier nichts zu suchen hat. Mit der Folge, dass zwar der Wirtschaftskuchen wächst, das Stück für den Einzelnen aber kleiner wird.

Diesen Abwärtssog sollten eigentlich die flankierenden Massnahmen verhindern. Braucht es diese jetzt überhaupt noch?

Sie sind nicht mehr nötig, da sie ja erst als Folge der Personenfreizügigkeit ins Leben gerufen wurden. Im Prinzip ist es einfach. Wenn ich in einem Haus wohne und viele Leute wollen in dieses Haus hineinkommen, dann habe ich zwei Möglichkeiten: Entwe-

der ich stehe an der Tür und sehe mir jeden einzeln an. Oder ich mache sämtliche Türen auf und kontrolliere erst dann, wenn alle da sind. Bei der Personenfreizügigkeit und den flankierenden Massnahmen, wie auch bei Schengen, verfährt man nach dem zweiten Muster. Das ist kompliziert und wirkungslos.

Sie wollen die flankierenden Massnahmen aufheben?

Wir können nicht alles zugleich machen. Zuerst geht es jetzt um die Beendigung der Personenfreizügigkeit. Dann muss man weitersehen.

Was sagen Sie einem Schweizer Unternehmer, der fürchtet, dass er nicht mehr an ausländische Fachkräfte kommt?

Diejenigen, die wir wollen, werden wir immer bekommen. Und diejenigen, die wir nicht wollen, die sollten auch nicht kommen. So einfach ist das.

Bereits im Vorfeld hatte die EU eindringlich vor einem Nein gewarnt, seit dem Urnengang grummelt sie dunkel und vielsagend. Die Verhandlungen für das Stromabkommen wurden bereits ausgesetzt, das Forschungsabkommen sei in Gefahr, heisst es. Was wird Brüssel tun?

Zuerst ein bisschen toben. Das ist begreiflich. Wenn in einem Haus mit vielen Wohnungen gleichzeitig alle Mieter einen tieferen Mietzins verlangen, dann habe ich als Eigentümer doch keine Freude. Allerdings hat es mich überrascht, dass sich Staatsleute so undiszipliniert äussern. Es ist schlicht unprofessionell und absolut nicht staatsmännisch, zu sagen, dass die Schweizer spinnen, nicht drauskommen und sowieso Idioten sind. Da kommt Hochmut und Verachtung auch gegenüber den eigenen Bürgern zum Vorschein.

EU-Parlaments-Präsident Martin Schulz (SPD) sagte sinngemäss, die EU solle jetzt nicht sofort losschlagen, weil die Schweizer Regierung ja auf ihrer Seite stehe. Das klingt wie die heimliche Bestätigung Ihres Verdachts, Bundesrat und Verwaltung wollten nach wie vor nach Brüssel.

Gut möglich, dass es so ist. Auch im Zweiten Weltkrieg nahm sich der Bundesrat zurück, als sich in der Schweiz Widerstand gegen Nazideutschland artikuliert. Als taktische Überlegung ist das gar nicht so schlecht. Aber aus den Reaktionen des Bundesrats muss man eher schliessen, dass er sich der EU freiwillig ausgeliefert hat. Er muss jetzt die Frage beantworten: «Stehen wir zur Schweiz oder zur EU?»

Woher kommt dieser ewige Wunsch, dabei zu sein?

Das hat es geschichtlich immer gegeben, die Schweizer Elite drängt ins Ausland – das berühmte «Unbehagen im Kleinstaat». In jedem der Weltkriege gab es diese Diskus-



«Ihr könnt ja oder nein sagen»: Diplomat Walter Stucki, 1946, bei der Rückkehr aus Washington.

sionen. Schon Gottfried Keller ermahnte die Elite, zum Land zu stehen, oder Carl Spitteler im Ersten Weltkrieg. Es brauchte immer den Appell: «Steht zur Schweiz!» Für die, welche die Macht haben, ist die Schweiz unbefriedigend. Wir pulverisieren die Macht. Die Schweiz ist eine geordnete Anarchie, wo jeder Kanton und jede Gemeinde die eigenen Vorstellungen verfolgt. Politiker lieben den Zentralismus.

Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) forcierte – mit dem Gesamtbundesrat im Rücken – die Annäherung an die EU und empfahl die Unterwerfung unter «fremde Richter». Ist auch diese institutionelle Anbindung gescheitert? Ist sie gestoppt?

Ich hoffe es, aber ich bereite mich schon auf den nächsten Abstimmungskampf vor. Die institutionelle Vereinbarung ist noch gefährlicher als die Personenfreizügigkeit. Wenn Sie aber institutionell einmal drin sind, dann kommen Sie nicht mehr heraus. Bei dem Rahmenabkommen geht es um eine Art Neuauflage des EWR, also um einen Kolonialvertrag. Wir müssten den Europäischen Gerichtshof und fremde Richter anerkennen. Lesen Sie das neue Buch von Micheline Calmy-Rey. Als ehemalige Bundesrätin kann sie jetzt frei sprechen. Sie rät uns: «Macht nicht den Kolonialvertrag, da habt ihr nichts zu sagen. Geht lieber direkt

in die EU.» Ihr Denkfehler ist, dass sie die dritte Variante nicht bedenkt: unabhängig bleiben.

Die Verträge mit der EU müssen neu ausgehandelt werden. Hand aufs Herz: Besteht nicht die Gefahr, dass Bundesrat Burkhalter und seine Unterhändler die institutionelle Lösung auch gleich mit reinpacken? Könnte der Schuss für die SVP am Ende nicht hinten hinausgehen?

Natürlich besteht diese Gefahr. Die SVP hat im Bundesrat ja nichts zu sagen, weil wir nur einen statt zwei Vertreter stellen. Doch selbst wenn wir angemessen vertreten wären, hielten die anderen zusammen. Doch wenn die anderen Parteien es zu dick treiben, dann kommt die Quittung bei den nächsten Wahlen.

Die FDP fordert, Sie sollten als Sonderbotschafter selber die schwierigen Verhandlungen führen.

Ich bin sehr geehrt über dieses Angebot einer Partei, die in der Tinte sitzt. Zuerst wirft man mich zum Bundesrat hinaus, und jetzt, wo man im Dreck ist, sagt man: «Der soll es richten.» Aber ich entziehe mich nicht der Verantwortung. Ich würde es mir überlegen bei einer Handlungsvollmacht, die bereits bei der Strategie beginnt.

Der grosse Diplomat Walter Stucki hatte einst «pleins pouvoirs» des Bundesrats.

Würden Sie unter diesen Voraussetzungen den Job annehmen?

Stucki stellte seinerzeit vier Bedingungen: Erstens: Handlungsvollmacht. Zweitens: Er entscheidet, wer dabei ist. Drittens: keine Rückenschüsse von Bundesrat und Verwaltung. Viertens: «Ich lege am Schluss ein Ergebnis hin, und ihr könnt ja oder nein sagen.» Nur so hätte man Erfolg. Aber man wird sich hüten, mir ein solches Mandat zu geben.

Sie fordern «ernsthafte Verhandlungen» mit der EU. Was heisst das?

Eine ernsthafte Verhandlung bedeutet, dass man hinsteht und sagt: «Unser Souverän hat entschieden. Wir müssen handeln. Der Vertrag ist kündbar, aber wir kündigen ihn nicht, sondern revidieren gewisse Bestandteile.» Die EU wird dann sagen, es seien noch weitere Themen und Verträge zu diskutieren. Beide Seiten legen dann alles auf den Tisch, und es gibt ein «do ut des» – nehmen und geben. Wenn der Bundesrat es richtig macht, verhandelt er ein Gesamtpaket. Hier geben wir ein bisschen nach, dort die EU.

Das Stromabkommen ist absturzgefährdet.

Die Schweiz geht ohne Stromabkommen nicht unter, das Licht geht nicht aus. Es ist *nice to have* – für beide Seiten.

Was bedeutet der Volksentscheid für die geplante Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien?

Diese ist gegenstandslos. Die Initiative schliesst neue Abkommen aus.

Unterstützt die SVP jetzt die Ecopop-Initiative noch?

Das Ziel der beiden Initiativen ist ähnlich: eine Begrenzung der Einwanderung, die man wieder selber in die Hand nimmt. Wir waren allerdings dagegen, eine Zahl festzu-

legen, weil es zu starr ist. In guten Jahren sollten wir ein bisschen mehr zulassen und in schlechten Jahren vielleicht gar nichts mehr. Aber wenn Bundesrat und Parlament die angenommene Verfassungsbestimmung nicht umsetzen, dann müssen wir uns fragen: «Was ist das kleinere Übel?» Ich tendiere zu einem indirekten Gegenvorschlag zur Ecopop-Initiative, mit dem man auch unsere Initiative umsetzen könnte. Es sind Gespräche im Gang. Soweit ich höre, sind die Ecopop-Leute interessiert. Parlament und Wirtschaft wären gut beraten mitzumachen, sonst könnten sie in den nächsten Hammer laufen.

Befürchten Sie nicht, der Zuwanderungsinitiative könne ein ähnliches Schicksal drohen wie dem Ausschaffungsbegehren, bei dem sich der Bundesrat weigert, den

«Aus den Reaktionen des Bundesrats muss man schliessen, dass er sich der EU freiwillig ausgeliefert hat.»

Volksbeschluss umzusetzen?

Das ist die Gefahr. Wir verfolgen die Handlungen der Regierungen genau. Wenn bis Ende 2015 keine Anzeichen bestehen, dass die Initiative umgesetzt wird, müssen wir in den Wahlen für andere politische Verhältnisse sorgen.

Denken Sie auch an eine neue Durchsetzungsinitiative?

Das behalten wir uns vor.

Wie erklären Sie die Kluft, die sich immer wieder zwischen Wirtschaft und Politik einerseits und dem Volk andererseits auftut?

Es ist ein Interessengegensatz. Die negativen Folgen der Freizügigkeit trägt nicht die *Classe politique*. Ein Bundesrat muss keine Angst haben, mit 55 durch einen Ausländer ersetzt zu werden.

Welche Folgen hat das Abstimmungsergebnis für das politische System der Schweiz? Wird man der SVP wieder mehr Verantwortung übertragen? Oder wird Bundesbern im Gegenteil versuchen, die Störfried-Partei noch energischer wegzudrücken?

Wenn sie gescheit wären, würden sie den Entscheid anerkennen und diejenigen ins Boot holen, welche die Initiative lancierten. Allerdings weisen die Zeichen an der Wand nicht in diese Richtung. Man will die Umsetzung hintertreiben.

Wie kommen Sie darauf?

Man tut so, als würden die Probleme gelöst, aber scheut sich, die Verfassung zu respektieren. Das geht nicht. Die verantwortliche SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die im Abstimmungskampf von einer «absoluten Katastrophe» sprach, trat fast lächelnd vor die Medien. Da war Jean-Pascal Delamuraz im Jahr 1992 viel aufrichtiger, als er von einem «schwarzen Tag» sprach: Er meinte ehrlich, jetzt sei die Schweiz verloren. Mit einer gewissen politischen Erfahrung hört man nicht nur, was Politiker sagen, sondern man sieht auch, was sie wirklich meinen.

Bereits im nächsten Jahr sind Wahlen. Sie könnten wieder für den Bundesrat kandidieren, sich das Aussendepartement übertragen lassen und die Auseinandersetzungen mit der EU zu einem guten Ende bringen.

Die zweite Etappe der Personenfreizügigkeit wurde im Bundesrat über meinen Kopf hinweg entschieden. Auch Schengen. Ich musste im Abstimmungskampf schweigen. In der Opposition kann ich voll zupacken und mehr bewegen. Es ist schwierig, wenn man mitregieren muss, wenn die Gegenseite auf nichts eingeht. ○



Florastrasse 44 | CH-8008 Zürich

T 044-420 11 11
F 044-420 11 12

Handelsfirma mit Recycling-Maschinen	Erfolgreiches Werbetechnikunternehmen	Weltweit bekannter Werkzeugbauer
Umsatz: CHF 11'300'000.– Preis: CHF 615'000.–	Umsatz: CHF 2'000'000.– Preis: CHF 1'800'000.–	Umsatz: CHF 9'600'000.– Preis: CHF 10'000'000.–
Direktwerbungs- und Logistikdienstleister	Regional bekanntes Multimediafachgeschäft	Textildruckerei mit attraktivem Einzugsgebiet
Umsatz: CHF 1'100'000.– Preis: CHF 430'000.–	Umsatz: CHF 340'000.– Preis: CHF 200'000.–	Umsatz: CHF 1'017'000.– Preis: CHF 325'000.–
Social Media Agentur	Erfolgreiche Fundraising-Agentur	Handelsfirma im Industriegüterbereich
Umsatz: CHF 500'000.– Preis: CHF 390'000.–	30 Mitarbeitende Preis: CHF 1'200'000.–	Umsatz: CHF 1'300'000.– Preis: CHF 1'900'000.–
Detailhandel mit Ladenlokal und Onlineshop	Handelsfirma mit Generalvertretungen	Internetplattform für Eventmanagement
Umsatz: CHF 276'000.– Preis: CHF 120'000.–	Umsatz: CHF 579'200.– Preis: CHF 1'200'000.–	Umsatz: CHF 115'000.– Preis: CHF 550'000.–

www.businessbroker.ch